



## **7-Punkte-Programm der Landesregierung für die Zeit nach der Faktenschlichtung zu Stuttgart 21**

Die Faktenschlichtung unter Leitung von Herrn Bundesminister a. D. Dr. Geißler hat sich aus Sicht der Landesregierung bewährt. Die Arbeit war sehr konstruktiv und ist von den Menschen von großem Interesse aufgenommen worden. Die Schlichtung hat eine neue Sachlichkeit in die Debatte um Stuttgart 21 gebracht und einen guten Gesprächsfaden zwischen Projektbefürwortern und Projektkritikern geknüpft.

Richtig ist, dass die Politik bei diesem Projekt in der Vergangenheit viel versäumt hat. Daraus haben wir gelernt. Wir haben gelernt, dass unsere üblichen Planungs- und Verwaltungsverfahren in ihrer vertrauensbildenden und legitimierenden Wirkung an Grenzen stoßen. Deshalb muss nun alles getan werden, um die Akzeptanz des Projekts durch Kommunikation und Diskussion zu stärken. Ein komplexes Bauprojekt darf weder heute noch in Zukunft zur Vertrauensfrage für unsere Demokratie werden.

### **1. Die Veränderungsvorschläge aus der Schlichtung aufgreifen und anpacken**

Ein wichtiges Ergebnis des Schlichterspruchs ist: Die Konzeption von Stuttgart 21 hat sich insgesamt als richtig und tragfähig erwiesen. Ob und in welchem Umfang an diesem Konzept Ergänzungen erforderlich sind, werden wir nach dem von der DB jetzt vorzunehmenden „Stresstest“ gemeinsam entscheiden. Diese Simulation soll zeigen, ob im Bahnknoten Stuttgart dank S 21 in der verkehrlichen Spitzenstunde 30 % mehr Züge als heute bei guter Betriebsqualität fahren können bzw. mit welchen Veränderungen ggf. dieses Ziel erreicht werden kann. Die Bahn wird die Ergebnisse von sachkundigen und unabhängigen Gutachtern (sma) überprüfen lassen und die Ergebnisse im Anschluss veröffentlichen und diskutieren.

Sollte der Stresstest zeigen, dass wir an der einen oder anderen Stelle nachbessern müssen, werden wir dies mit den übrigen Projektpartnern - insbesondere der Bauherren, der Deutschen Bahn AG - besprechen und dann unverzüglich die finanziellen und sachlichen Konsequenzen ziehen.

Notwendigen Verbesserungen des Projekts wird sich die Landesregierung nicht in den Weg stellen.

## **2. Der Dialog soll weitergehen**

Der Dialog zum Projekt Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm muss auch nach Ende der Schlichtung fortgesetzt werden. Der Gesprächsfaden darf nicht abreißen, zur Sprachlosigkeit darf es nicht wieder kommen.

Dafür wollen wir ein Dialogforum unter unabhängiger Leitung einrichten. In diesem Dialogforum sollen transparent und in ausgewogener Besetzung von Projektbefürwortern, Projektkritikern, Sachverständigen und Interessierten Umsetzungsfragen von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm erörtert werden. Themen können sein: Bauabläufe, Baulogistik, Lärmprobleme, Parkgestaltung, Barrierefreiheit in Bahnhöfen, Planung des neuen Stadtviertels (vgl. auch Punkt 7.), Fahrplangestaltung, etc. Das Dialogforum soll gerade auch als Ansprechpartner der Bürgerschaft bei Fragen rund um das Bahnprojekt Stuttgart 21 dienen.

Wir laden auch die Projektkritiker ein, konstruktiv an einem solchen Dialogforum mitzuarbeiten und es gemeinsam mit uns auszugestalten.

Sollte während der Bauphase in bestimmten Bereichen der Bedarf für weitere Schlichtungen nach dem nun erprobten Stuttgarter Modell bestehen, sind wir dazu bereit. Den entsprechenden Vorschlag des Schlichters nehmen wir gerne auf.

## **3. Initiative für eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsrecht**

Wir möchten die notwendigen Konsequenzen im Planungsrecht ziehen, um die Öffentlichkeit zukünftig besser in die Planung von Großvorhaben einzubinden und harte Auseinandersetzungen wie bei Stuttgart 21 zu verhindern. Deutschland braucht auch in Zukunft Großprojekte. Ein Scheitern solcher Projekte noch in der Bauphase wäre ein verheerendes Signal für den Standort Deutschland. Deshalb werden wir eine Initiative auf Bundesebene mit dem Ziel starten, Vorschläge für eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten zu entwickeln und umzusetzen.

3 Punkte stehen für uns dabei im Vordergrund:

- eine möglichst frühzeitige und umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung einschließlich der Diskussion von Alternativentwürfen noch vor dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren (etwa durch ein „Vorerörterungsverfahren“ oder im Rahmen des Raumordnungs- oder Linienbestimmungsverfahrens),
- mehr Transparenz im Verfahren (etwa durch Einbeziehung der gesamten Öffentlichkeit über den Kreis der Betroffenen hinaus, durch verstärkte Nutzung der neuen Medien oder durch zusätzliche Informationstermine/-plattformen,
- mehr Neutralität in Konfliktfällen durch Einschaltung einer unabhängigen Person, etwa im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens.

#### **4. Einrichtung einer Enquête-Kommission „Moderne repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg“ des Landtags**

Wir regen die Einrichtung einer Enquête-Kommission des Landtags „Moderne repräsentative Demokratie in Baden-Württemberg“ in der kommenden Legislaturperiode an. Dort soll jenseits von Wahlkampf oder dem Druck eines Wahltermins sowie des politischen Tagesgeschäfts eine offene und überparteiliche Diskussion zur Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie im Land geführt und Vorschläge erarbeitet werden. Wichtige Fragen zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens müssen im Haus der Demokratie - im Landtag - stattfinden. Das ist uns wichtig.

Diese Diskussion soll unter Beteiligung von Bürgerinitiativen, Wissenschaftlern und Abgeordneten aller Parteien geführt werden. Mögliche Diskussionspunkte können die Nutzung, Akzeptanz und Weiterentwicklung von Bürgerbeteiligungsinstrumenten und Beteiligungsmöglichkeiten oder die Bürgerbeteiligung im Kontext neuer Medien sein.

#### **5. Einrichtung eines Forschungsschwerpunkts „Bürgerbeteiligung und Akzeptanz öffentlicher Großprojekte“**

Die Auseinandersetzung um Stuttgart 21 hat gezeigt, dass die vorhandenen Instrumente für die Beteiligung der Bürger in öffentlichen Planungsverfahren nicht immer ausreichend sind. Wir wollen mit Sorgfalt vorgehen und unter Beteiligung anerkannter Experten das Thema grundlegend angehen.

Dazu gehört auch, dass die Erfahrungen, die Gegner und Befürworter des Bahnprojekts Stuttgart 21 in den letzten Monaten in Stuttgart gemacht haben, von Fachleuten - gerade aus der Wissenschaft - fundiert aufgearbeitet werden müssen.

Wir wollen dabei unsere Werkzeuge für eine politische Willensbildung einer kritischen Überprüfung unterziehen. In einem ersten Schritt soll deshalb im Frühjahr 2011 eine Expertenanhörung „Bürgerbeteiligung und Akzeptanz öffentlicher Großprojekte“ durchgeführt werden. Die Vorschläge der Experten werden wir auswerten und im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit prüfen. Wichtig ist es uns, dass ein echter Zuzugewinn an Transparenz und an Beteiligungsmöglichkeiten erreicht wird.

Um eine permanente Beschäftigung und Weiterentwicklung auf diesem Feld über die Expertenanhörung hinaus zu gewährleisten, wollen wir auch einen Forschungsschwerpunkt „Bürgerbeteiligung und Akzeptanz öffentlicher Großprojekte“ an einer baden-württembergischen Hochschule einrichten.

## **6. Schaffung einer „Modellregion nachhaltige Mobilität“**

Hinter den Diskussionen um das Bahnprojekt Stuttgart 21 steht auch die Frage, wie die Mobilitätskonzepte der Zukunft gerade in Ballungsräumen aussehen. Deshalb wollen wir die Region Stuttgart zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität entwickeln. Das Konzept für die Modellregion wollen wir im Dialog mit Bürgern, Verbänden und Experten gestalten. Über einen rein technikorientierten Ansatz (Einsatz moderner Verkehrssteuerungssysteme und Vernetzung der Verkehrsträger unter Einsatz von IT) hinaus sollen auch langfristige Fragen des Zusammenlebens in Städten und der Stadtgestaltung in das Modellprojekt mit einbezogen werden.

Wir wollen zügig noch in dieser Legislaturperiode mit der Diskussion erster Maßnahmen im Verkehrsbereich anfangen, die dann Schritt für Schritt zu erweitern sind. Einen Einstieg könnten folgende Themen bilden:

- Vernetzung der Verkehrsträger mittels moderner IT
- Schaffung einer Mobilitätskarte
- Schaffung von Infrastruktur für E-Mobile und
- Car-Sharing (z.B. Car2Go- und Car2share-Modelle).

Bürger und Verbände sollen frühzeitig an dem Projekt beteiligt werden, z.B. durch ein Internetportal oder durch die Teilnahme an Projektgruppen. Im Rahmen des Nachtragshaushalts werden für das Projekt 8,5 Mio. Euro vorgesehen, mit denen die fachliche und organisatorische Begleitung des Projekts sichergestellt ist. Spätestens Anfang Februar wollen wir die offizielle Auftaktveranstaltung für die Modellregion durchführen. Dort sollen die zu behandelnden Themen weiter konkretisiert und die Arbeitsstrukturen festgelegt werden.

## **7. Bürgerbeteiligung „Rosensteinquartier“ - lebendige Stadtgestaltung**

Am 10. November 2010 ist die Bürgerbeteiligung für die Gestaltung des Rosensteinquartiers auf den freiwerdenden Gleisflächen erfolgreich mit einer Auftaktveranstaltung der Stadt Stuttgart gestartet worden. Die Landesregierung begrüßt die umfassende Einbeziehung der Bürgerschaft in die Planung eines komplett neuen innerstädtischen Viertels. Die Stadt Stuttgart betritt hiermit - zumindest für den süddeutschen Raum - Neuland und schafft damit ein Modell für zukünftige Städteplanungen.

Wir sehen die Bürgerbeteiligung „Rosensteinquartier“ als eine große Chance für Stuttgart und das Land. Wir wollen keine Grundstücksspekulationen und keine seelelose Architektur. Uns eint vielmehr das Ziel, in Stuttgart ein lebenswertes, ökologisches, bezahlbares und familienfreundliches Stadtquartier mitten in der Innenstadt zu

schaffen und die Bürgerschaft daran in einem transparenten und offenen Verfahren zu beteiligen.

Die vom Schlichter vorgeschlagene Überführung der Grundstücke in eine Stiftung und die rechtsverbindliche Verankerung ökologischer, sozialer und familienfreundlicher Stiftungszwecke für die Bebauung des Rosensteinquartiers befürworten wir deshalb ausdrücklich. Wir fordern den Gemeinderat der Stadt Stuttgart auf, diesen Vorschlag schnellstmöglich umzusetzen.